

Für Demokratie und gegen die Macht der Konzerne

Motive und Merkmale der Teilnehmenden der Demonstration

„TTIP & CETA stoppen. Für einen gerechten Welthandel!“ am 10. Oktober in Berlin

Priska Daphi, Goethe Universität Frankfurt am Main

Sebastian Haunss, Universität Bremen

Moritz Sommer, Freie Universität Berlin

Wolfgang Stuppert, Humboldt-Universität zu Berlin

Simon Teune, Technische Universität Berlin

Sabrina Zajak, Ruhr-Universität Bochum

Inhalt

1.	Einleitung.....	1
2.	Die Methode der Demonstrationsbefragung.....	1
3.	Wer geht zur „TTIP & CETA stoppen“-Demonstration?	3
4.	Aussagen über TTIP und CETA.....	7
5.	Wege zur Mobilisierung der TTIP-Demonstrierenden	8
6.	Politisches Engagement	11
7.	Einstellungen zu Demokratie, Institutionen und politischer Praxis	14
8.	Zusammenfassung.....	18

1. Einleitung

Am 10. Oktober 2015 gingen in Berlin zwischen 150.000 (Polizeiangaben) und 250.000 (Angaben der Veranstalter/innen) Menschen im Rahmen der Demonstration „TTIP & CETA stoppen. Für einen gerechten Welthandel!“ auf die Straße, um gegen die geplanten Handelsabkommen zwischen den USA und Europa (TTIP, *Transatlantic Trade and Investment Partnership*) sowie zwischen Europa und Kanada (CETA, *Comprehensive Economic and Trade Agreement*) zu demonstrieren. Seit der Demonstration gegen den Irak-Krieg im Jahr 2003 hatte es in Deutschland keine ähnlich große Demonstration gegeben.

Zu der Demonstration aufgerufen hatte ein Bündnis von 34 Organisationen, darunter der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) mit seinen Mitgliedsgewerkschaften, der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND), das globalisierungskritische Netzwerk Attac, die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft und das Kampagnen-Netzwerk Campact. Unterstützt wurde die Demonstration unter anderem von den Parteien Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen, ÖDP und der Piratenpartei sowie über 100 weiteren Organisationen und Initiativen.

Wie kommt es dazu, dass ausgerechnet der Protest gegen ein Handelsabkommen so viele Menschen auf die Straße bringt? Wer sind die Demonstrierenden, die in Berlin protestiert haben? Welche Motive und Überzeugungen haben sie? Welchem politischen Spektrum ordnen sie sich zu?

Um Antworten auf diese Fragen zu finden haben wir die Demonstrationsteilnehmenden zu diesen und einer Reihe anderer Themen befragt. Wir präsentieren hier eine erste Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse dieser Befragung.

2. Die Methode der Demonstrationsbefragung

Die Demonstrationsbefragung ist eine mittlerweile etablierte Methode, um etwas über Menschen zu erfahren, die sich an Protesten beteiligen. Im Gegensatz zu anderen Umfragemethoden, bei denen zufällig ausgewählte Menschen am Telefon oder zu Hause befragt werden, werden bei Demonstrationsbefragungen diejenigen befragt, die tatsächlich an den Protesten teilgenommen haben.

Die im Institut für Protest- und Bewegungsforschung zusammengeschlossenen Wissenschaftler/innen haben dieses Verfahren schon früher verwendet, beispielsweise bei den Protesten gegen den Irakkrieg (2003), gegen Hartz IV (2004), bei den Sozialforen in Erfurt (2005) und Athen (2006), bei der Montagsdemonstration gegen Stuttgart 21 (2010), den „Montagsmahnwachen für den Frieden“ (2014) und bei den Pegida-Demonstrationen in Dresden (2015).

Die aktuelle Befragung der TTIP-Demonstrierenden wurde online durchgeführt. Dafür hat eine Gruppe von 26 Personen jeweils zu zweit per Zufallsprinzip Demonstrationsteilnehmende angesprochen und ihnen einen Handzettel mit einem einmalig verwendbaren Zugangscod zur Befragung ausgehändigt, verbunden mit der Bitte, sich an der Befragung zu beteiligen.¹ Die Auswahl der Befragungsteilnehmenden fand sowohl während der Auftaktkundgebung auf dem Washingtonplatz als auch an

¹ Für die - unbezahlte - Unterstützung bedanken wir uns herzlich bei Lisa Anders, Lisa Bogerts, Elena Domingo, Kathrin Ganz, Giulia Gortanutti, Manuel Heller, Claes Jaretorp, Johanna Lauber, Marie Müller, Vanessa Nikolas, Carolin Philipp, Jan Philipp, Jakob Reckers, Tobias Reinhardt, Heribert Schmitz, Lore Thea Elsa Stiller, Heike Walk, Fabian Wolf und Max Wolfs

mehreren Abschnitten des Demonstrationenzuges statt. Um den Einfluss von Sympathien und Vorbehalten zu minimieren wählte in den Zweierteams jeweils eine Person nach einem zuvor festgelegten Schema den/die anzusprechende Demonstrationsteilnehmer/in aus und notierte dessen/deren Geschlecht und grob geschätztes Alter, während die andere Person den Handzettel aushändigte. Der Handzettel enthielt einen Link und einen scanbaren QR-Code, der zu der Online-Befragung führte. Mit dem für jeden Handzettel individuellen Zugangscode wurde der Zugang zum Fragebogen freigeschaltet. Dieses Verfahren wurde bereits bei der Befragung der „Montagsmahnwachen für den Frieden“ und der Pegida-Demonstration verwendet. Die Zugangsbeschränkung zielt darauf, dass sich nur diejenigen an der Befragung beteiligen, die während des Protests per Zufall ausgewählt wurden. Eine individuelle oder durch Gruppen gesteuerte Beteiligung „von außen“ und damit eine mögliche Verzerrung oder gar Manipulation werden durch dieses Verfahren deutlich erschwert.

Die Fragen, die in die Untersuchung eingeflossen sind, zielen auf die soziale Zusammensetzung der TTIP-Demonstrierenden, auf ihre Motivation und Mobilisierung, d.h. die Prozesse, die zu ihrer Teilnahme geführt haben, auf ihre Protesterfahrung, ihre politische Selbsteinordnung und auf die Übereinstimmung mit Thesen aus der Diskussion um TTIP und CETA. Viele der Fragen gehen auf die Fragebögen zurück, die zuvor auf anderen Demonstrationen verteilt wurden. Dadurch sind die gewonnenen Informationen über die TTIP-Demonstrierenden mit denen früherer Proteste größtenteils vergleichbar. Ein Teil der Fragen ist repräsentativen Befragungen wie der Allgemeinen Bevölkerungsbefragung der Sozialwissenschaften (im Folgenden: Allbus), der European Values Study (EVS) oder den Leipziger Mitte-Studien entnommen

Insgesamt wurden während der Demonstration am 10. Oktober 2015 3.780 Personen angesprochen (siehe Tabelle 1). Davon haben 3.393 Personen den Handzettel angenommen. Bis einschließlich 14. Oktober hatten sich 482 Personen an der Umfrage beteiligt. Das entspricht einer Rücklaufquote von 14 Prozent. Damit ist der Rücklauf niedriger als bei anderen Demonstrationen, bei denen wir ebenfalls Befragungen durchgeführt haben.

Tabelle 1: Übersicht Stichprobe und Rücklauf

	Anzahl	Männlich	Weiblich	< 20 J.	20–39 J.	40–65 J.	> 65 J.
angesprochen	3.780	52,0%	48,0%	8,8%	40,8%	38,6%	11,8%
davon angenommen	3.393	51,7%	48,3%	9,3%	41,4%	37,7%	11,5%
davon ausgefüllt	482	–	–	–	–	–	–
davon vollständig ausgefüllt	405	53,5%	46,5%	6,8%	29,8%	49,4%	14,0%

Inwiefern lassen sich nun auf der Basis der ausgefüllten Fragebögen dennoch Aussagen über die TTIP-Demonstrierenden machen? Eine Rücklaufquote von 14 Prozent lässt zunächst vermuten, dass sich die Umfrageteilnehmenden systematisch von Nicht-Antwortenden unterscheiden. Während der Verteilung der Handzettel wurden Daten über Geschlecht und Alter der angesprochenen Demonstrationsteilnehmer/Innen gesammelt. Hinsichtlich dieser Merkmale ist die Übereinstimmung zwischen denjenigen, die den Fragebogen vollständig ausgefüllt haben und denjenigen, die angesprochen worden sind, groß genug, um Aussagen über die Gesamtheit der Demonstrierenden machen zu können. Aus Tabelle 1 geht hervor, dass ein wenig mehr Männer als Frauen den Fragebogen ausgefüllt

haben. Die Angesprochenen sind im Durchschnitt jünger als diejenigen, die den Fragebogen ausgefüllt haben. Es kann allerdings gut sein, dass die ebenfalls eher jüngeren Freiwilligen, die die Handzettel verteilt haben, das Alter der Demonstrationsteilnehmenden tendenziell eher zu niedrig eingeschätzt haben und daher insbesondere einen Teil der 40–65-jährigen noch für unter 40 gehalten haben.

3. Wer geht zur „TTIP & CETA stoppen“-Demonstration?

Im Folgenden wird auf zentrale soziodemographische Merkmale der Demonstrierenden eingegangen. Der Fokus liegt dabei auf Fragen zu Geschlecht, Alter, Bildung, Beruf und Wohnort. Wie bereits in zurückliegenden Demonstrationsbefragungen des Instituts für Protest und Bewegungsforschung, etwa zu den Montagsmahnwachen² und zu Pegida³, ist dabei eine Vorüberlegung wichtig: Demonstrierende bilden kein repräsentatives Abbild der Gesamtbevölkerung. Während Demonstrationen und Proteste spätestens seit dem Aufkommen der *Neuen Sozialen Bewegungen* ein fester und anerkannter Bestandteil der politischen Landschaft westlicher Gesellschaften geworden sind⁴, ist die tatsächliche Teilnahme an Demonstrationen stark von Faktoren wie Bildungsgrad und Einkommen abhängig. So zeigen zahlreiche Studien der Protest- und Bewegungsforschung in Deutschland und vielen anderen westeuropäischen Ländern, dass vor allem überdurchschnittlich gebildete Menschen und Menschen mit einem überdurchschnittlichen Einkommen auf die Straße gehen, während weniger privilegierte Gruppen, wie zum Beispiel Arbeitslose, deutlich unterrepräsentiert sind. Mit anderen Worten: Die „Normalisierung“ von Protest ging bisher nicht mit einer „Normalisierung“ der Protestierenden einher.⁵

Diese Diskrepanz zeigt sich zum Teil auch in unserer Analyse. Nachfolgend werden die soziodemographischen Merkmale der TTIP-Demonstrierenden sowohl mit denen der Gesamtbevölkerung in Deutschland als auch mit denen zurückliegender Demonstrationsbefragungen verglichen.

Während, wie oben erwähnt, zahlreiche gesellschaftliche Gruppen in der Sozialstruktur von Demonstrationen unterrepräsentiert sind, scheint das Geschlecht eine geringe Rolle zu spielen. So dokumentieren sowohl die Ergebnisse von van Aelst und Walgrave (2001) als auch die von Rucht (2003)⁶ und Rucht und Yang (2004)⁷ eine annähernd paritätische Verteilung von männlichen und weiblichen Demonstrierenden. Diese Gleichverteilung lässt sich auch für die TTIP-Demonstrierenden feststellen. Während sowohl bei den Montagsdemonstrationen (70% Männer) als auch bei Pegida

² Siehe online unter: https://protestinstitut.files.wordpress.com/2014/06/occupy-frieden_befragung/montagsmahnwachen_protestinstitut-eu_rev.pdf, 21.10.2015.

³ Siehe online unter: https://protestinstitut.files.wordpress.com/2015/03/protestforschung-am-limit_ipb-working-paper_web.pdf, 21.10.2015. Auf Grund von möglichen Sampling-Verzerrungen, können wir insbesondere für die Pegida-Demonstration nicht von einer repräsentativen Umfrage ausgehen, die auf die Grundgesamtheit der Pegida-Demonstrierenden schließen ließe (S.5 ff.).

⁴ Der Begriff der „*Movement Society*“ (Bewegungsgesellschaft) verdeutlicht die zentrale Rolle Sozialer Bewegungen in westlichen Gesellschaften. *Siehe*: Meyer, David; Tarrow, Sidney (1998): *The social movement society. Contentious politics for a new century*. Lanham: Rowman & Littlefield Publishers.

⁵ van Aelst, Peter; Walgrave, Stefaan (2001): Who is that (wo)man in the street? From the normalisation of protest to the normalisation of the protester. In: *European Journal of Political Research*, 39, pp. 461–486.

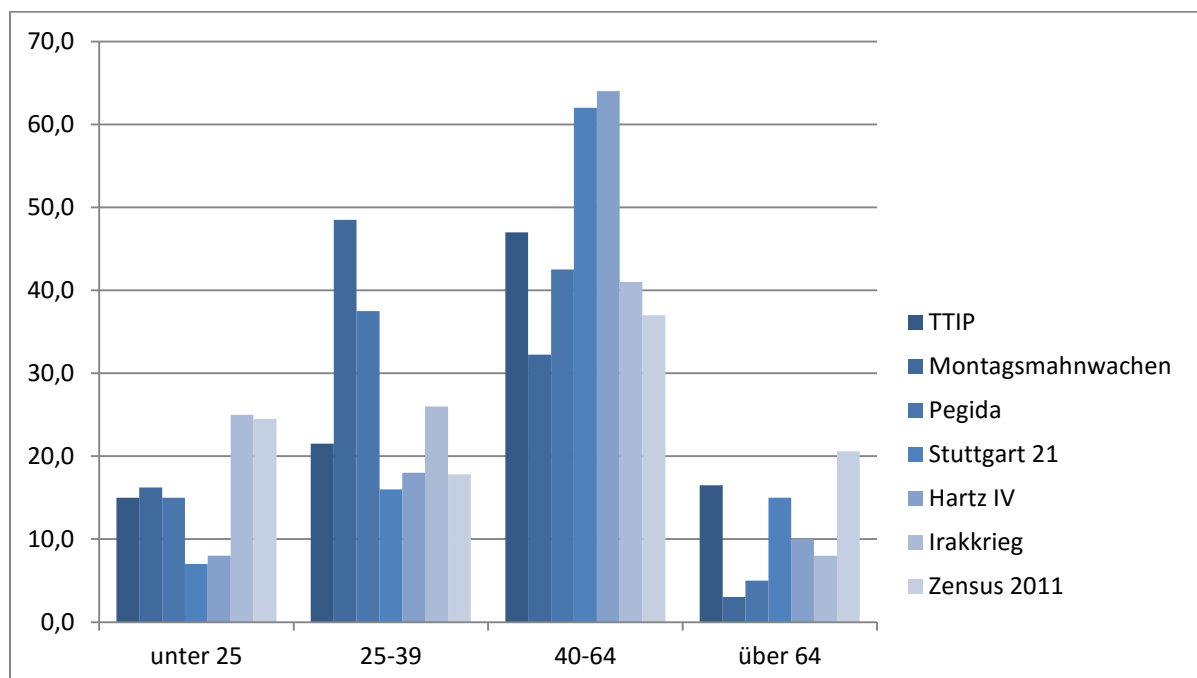
⁶ Dieter Rucht (2003): Die Friedensdemonstranten – wer sind sie, wofür stehen sie? In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 16 (2), S. 10–13.

⁷ Dieter Rucht und Mundo Yang (2004): Wer demonstrierte gegen Hartz IV? In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 17 (4), S. 21–27.

(76% Männer) eine eklatante Ungleichverteilung der Geschlechter zu konstatieren war, ist die Verteilung unter den TTIP-Demonstrierenden (53,4% Männer / 46,6% Frauen⁸) dem Bevölkerungsdurchschnitt sehr nahe. Darüber hinaus deckt sich diese Verteilung mit den Angaben der Helfenden, die die Handzettel verteilten. Von den 3.393 Personen, die den Handzettel annahmen, waren 52 Prozent männlich und 48 Prozent weiblich (siehe Tabelle 1).

Das Durchschnittsalter der TTIP-Demonstrierenden in unserer Stichprobe liegt bei 47 Jahren und damit leicht über dem Durchschnittsalter der Bevölkerung in Deutschland im Jahre 2013 (42,8 Jahre für Männer und 45,5 Jahre für Frauen). Auch hinsichtlich der groben Altersstruktur der TTIP-Demonstrierenden gibt es kaum Abweichungen zur Gesamtbevölkerung, wenn wir davon absehen, dass keine Kinder befragt wurden und somit die Gruppe der unter 25-Jährigen mit 15 Prozent deutlich kleiner ausfällt als in der Gesamtbevölkerung.

Abbildung 1: Altersstruktur von Demonstrierenden im Vergleich (in Prozent)



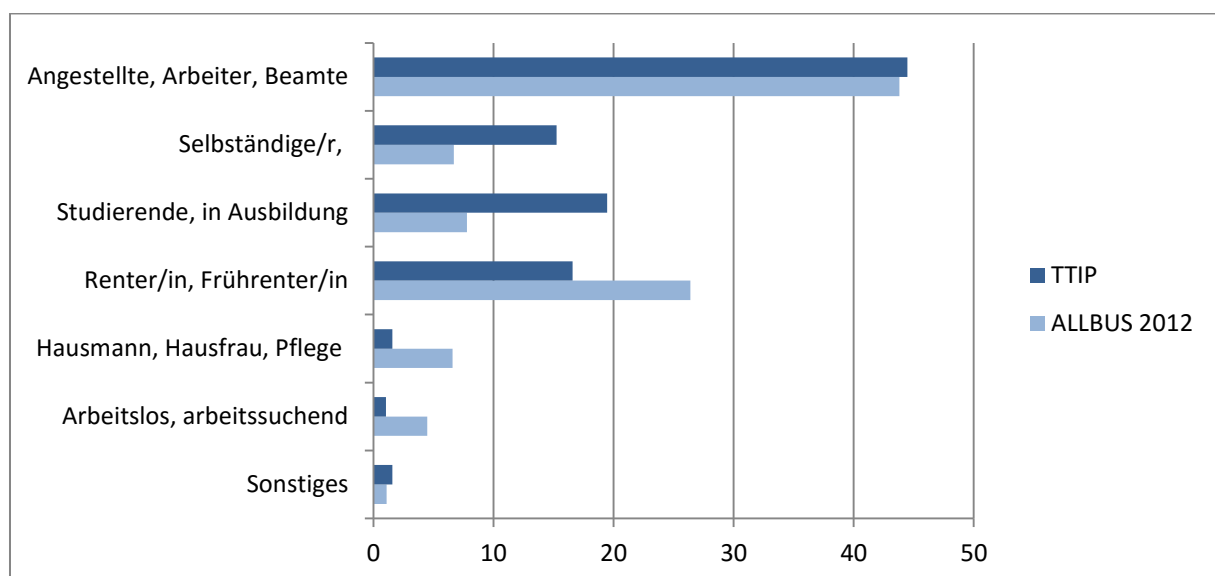
Im Vergleich der verschiedenen Proteste sticht vor allem der relativ hohe Anteil der über 64-Jährigen bei der TTIP-Demonstration heraus (16,5%, siehe Abbildung 1). Das ist umso erstaunlicher, wenn man bedenkt, dass junge Menschen in Online-Befragungen in der Regel eher überrepräsentiert sind. Allein die Altersstruktur der Stuttgart 21-Demonstrationen, die mit einem „konventionellen“ Fragebogen untersucht wurde, erreicht mit 15 Prozent einen ähnlichen Wert. In den drei anderen Kategorien liegen die TTIP-Demonstrierenden im Mittelfeld. Überraschend im Vergleich mit Pegida und den Montagsmahnwachen ist dabei der weitaus geringere Anteil der 25-39-Jährigen (21,5% bei TTIP gegenüber 48,5% bei den Montagsmahnwachen und 37,5% bei Pegida).

Generell engagieren sich Menschen mit einem höheren Bildungsgrad eher in Vereinen, Parteien oder Bewegungen und beteiligen sich auch eher an Demonstrationen als Personen ohne höhere formale

⁸ Von den insgesamt 482 Personen, die den online-Fragebogen ausfüllten, beantworteten nur 401 diese Frage. Die Angaben beziehen sich hier auf diese reduzierte Stichprobe.

Bildung. Dieser Zusammenhang zeigt sich bei der TTIP-Demonstration ausgesprochen deutlich. Auch im Vergleich mit anderen Protesten ist der sehr hohe Bildungsgrad bemerkenswert. 60 Prozent der 385 Befragten, die diese Frage beantworteten, verfügen über einen Hochschulabschluss (Bevölkerungsdurchschnitt: 15,9%) und 9 Prozent führen einen Dokortitel. Insbesondere diese Gruppe ist in Bezug auf die Gesamtbevölkerung (1,1%⁹) stark überrepräsentiert. Insgesamt haben 86 Prozent der Befragten die Fachhochschulreife beziehungsweise das Abitur abgelegt. Damit liegt das Bildungsniveau der TTIP-Demonstrierenden weit über dem bundesdeutschen Durchschnitt (28,8% mit Fachhochschulreife/Abitur), aber auch über dem der Teilnehmenden anderer Demonstrationen. Allein die Demonstrierenden gegen den Irakkrieg im Jahre 2003 (81,5%) und gegen Stuttgart 21 (71,8%) hatten ein ähnliches Bildungsprofil.

Abbildung 2: Berufliche Stellung der Demonstrierenden (in Prozent)



Unter den Befragten bilden die Angestellten, Arbeiter/innen und Beamt/innen mit 45 Prozent die mit Abstand größte Gruppe. Dieser Anteil entspricht ziemlich genau dem der Gesamtbevölkerung.¹⁰ Dagegen sind der Anteil der Selbständigen (15,3% vs. 6,7%) und der Anteil der Studierenden (19,5% vs. 7,8%) im Vergleich zu der Gesamtbevölkerung mehr als doppelt so hoch. Auch Rentner/innen bilden mit 17 Prozent eine relativ große Gruppe, vor allem im Vergleich zu anderen Demonstrationen; weder auf der Pegida-Demonstration (ca. 7,8%), noch auf der Montags-Mahnwache (4,3%) oder den Protesten gegen Stuttgart 21 (3,9%) ist der Anteil der Rentner/innen ähnlich hoch (Abbildung 2). Diese Zahlen decken sich mit dem oben dokumentierten relativ hohen Anteil der über 64-Jährigen. Hausfrauen oder Hausmänner sowie Arbeitssuchende sind im Vergleich zum Bevölkerungsdurchschnitt unterrepräsentiert.

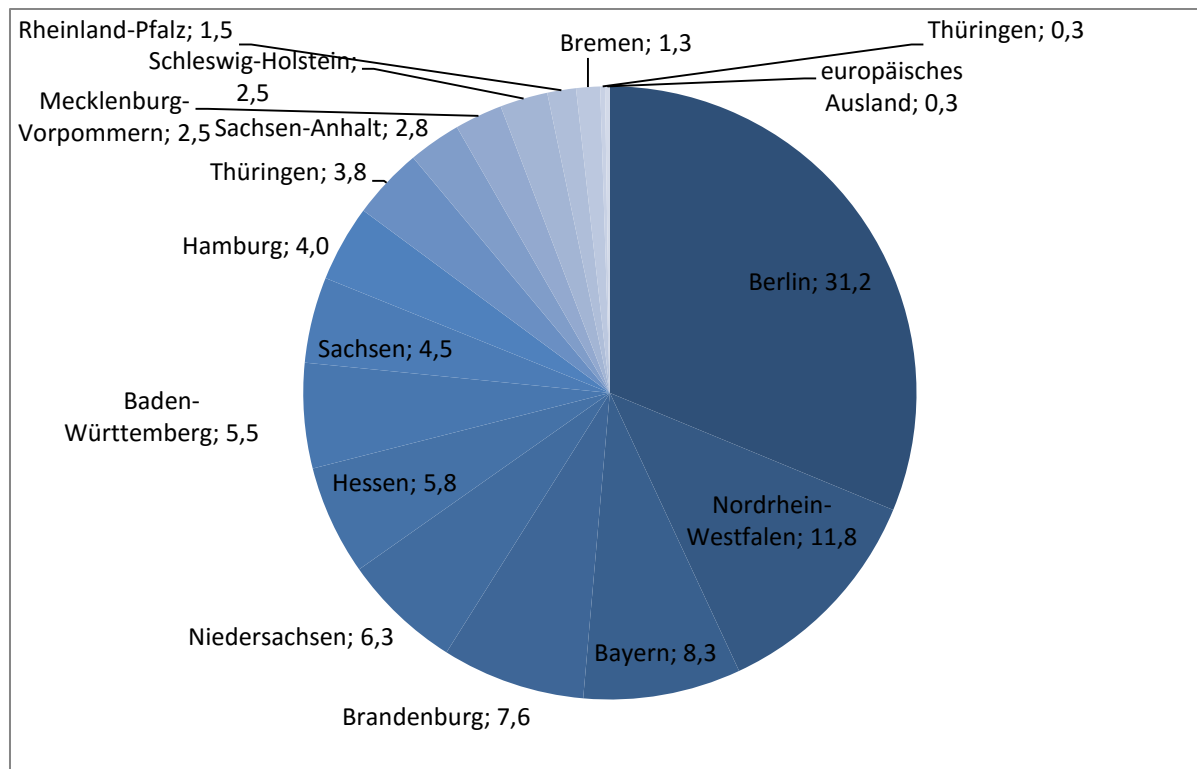
Angesichts der Größe der Demonstration ist es erstaunlich zu sehen, wie groß der Anteil der von andersorts angereisten TTIP-Demonstrierenden ist (Abbildung 3). Die heterogene regionale Herkunft der Befragten verdeutlicht den bundesweiten Charakter der TTIP-Mobilisierung. Berliner/innen ma-

⁹ Statistisches Bundesamt nach Zensus 2011. Siehe online unter: <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Gesellschaft-Staat/BildungForschungKultur/Bildungsstand/Tabellen/Bildungsabschluss.html>, 21.10.2015.

¹⁰ GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (2013): Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS 2012. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA4614 Datenfile Version 1.1.1.

chen mit 31 Prozent etwas weniger als ein Drittel der Demonstrierenden aus. Es folgen die beiden bevölkerungsreichsten Bundesländer Nordrhein-Westfalen (11,8%) und Bayern (8,3%). Angesichts der langen Anreise sind diese Zahlen bemerkenswert. Auch die kleineren Bundesländer sind alle präsent. Der geringe Anteil der Menschen aus dem europäischen Ausland ist angesichts der auf Deutschland beschränkten Mobilisierung zur Demonstration nicht überraschend, könnte aber auch einen methodischen Hintergrund haben: Handzettel und Online-Fragebogen waren ausschließlich in deutscher Sprache verfasst.

Abbildung 3: Wohnort der Demonstrierenden nach Bundesland (in Prozent)

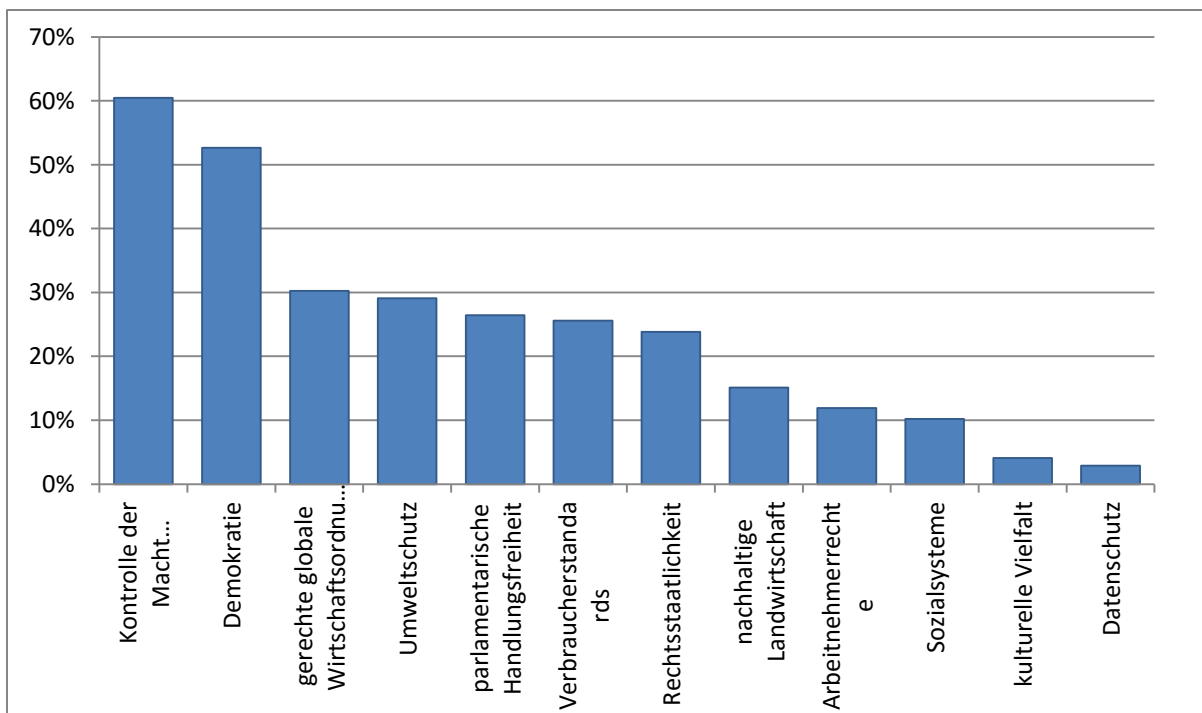


Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich die TTIP-Demonstrierenden sowohl vom Bevölkerungsdurchschnitt, als auch vom soziodemographischen Profil anderer Proteste in der Bundesrepublik teilweise deutlich unterscheiden. Im Vergleich mit anderen Demonstrationen betrifft dies einerseits das relativ hohe Alter der Demonstrierenden und andererseits den hohen Anteil an Rentner/innen. Im Vergleich mit beiden Bezugsgruppen, der Bevölkerung und den Teilnehmer/innen zuvor befragter Proteste, ist besonders der ausgesprochen hohe Bildungsgrad bemerkenswert. Neben diesen Unterschieden gibt es aber auch Gemeinsamkeiten. Gerade im Vergleich mit der Gesamtbevölkerung in Deutschland fallen die relativ repräsentative Altersstruktur und die Gleichverteilung von Männern und Frauen auf.

4. Aussagen über TTIP und CETA

Ein zentrales Interesse der Umfrage war es, etwas über die Motive der Demonstrierenden zu erfahren. Dabei interessierten wir uns zuerst dafür, in welchen Bereichen die TTIP-Demonstrierenden am stärksten negative Folgen von Handelsabkommen wie TTIP oder CETA befürchten. Die Befragten konnten hier bis zu drei Themenbereiche auswählen. Die Auswertung dieser Fragen zeigt ein klares Bild: 61 Prozent der Befragten geben an, dass sie vor allem befürchten, TTIP werde negative Auswirkungen auf die Kontrolle der Macht großer Konzerne haben. 53 Prozent befürchten besonders negative Auswirkungen auf die Demokratie. Jeweils etwas weniger als ein Drittel der Befragten sehen TTIP / CETA insbesondere als eine Gefahr für eine gerechte globale Weltwirtschaftsordnung (30,2%) und den Umweltschutz (29,1%). Jeweils etwa ein Viertel befürchtet vor allem negative Auswirkungen in den Bereichen parlamentarische Handlungsfreiheit (26,5%), Verbraucherstandards (25,6%) und Rechtsstaatlichkeit (23,8%).

Abbildung 4: In welchen Bereichen fürchten Sie am meisten negative Folgen von Abkommen wie TTIP oder CETA? (Nennung als einer der drei gefährdetsten Bereiche in Prozent)



Betrachtet man nur die jeweils an erster Stelle genannten Themen, dann stehen vor allem Demokratie, Kontrolle der Macht großer Konzerne und Rechtsstaatlichkeit im Fokus der TTIP-Demonstrierenden. TTIP wird also von den Demonstrierenden nicht in erster Linie als Gefahr für die bestehenden Sozial- oder Verbraucherschutzstandards interpretiert, sondern als Gefahr für die Demokratie und die staatliche Kontrolle ökonomischer Akteure. Es geht den Menschen, die an der Demonstration teilgenommen haben, also um sehr grundlegende Aspekte des demokratischen Staats und der sozialen Marktwirtschaft. Und aus diesen Gründen haben sie auch die oft sehr weite Anreise zur Demonstration auf sich genommen.

Die Auswertung der Antworten auf diese Frage, bei der die Befragten zwischen zwölf vorgegebenen Kategorien auswählen konnten, wird durch die Auswertung der gleich am Anfang der Umfrage ge-

stellten offenen Frage nach dem persönlichen Anliegen der TTIP-Demonstrierenden bestätigt. Auch bei dieser Frage wurden die Themen Demokratie (129 Nennungen) und Kontrolle von Unternehmen/Konzernen (96 Nennungen) mit Abstand am häufigsten genannt.

Spricht aus dem Protest gegen das internationale Handels- und Investitionsabkommen eine grundsätzliche Skepsis gegenüber einem weitgehend unregulierten Markt? Um dieser Frage nachzugehen, haben wir den TTIP-Demonstrierenden sechs Fragen gestellt, in denen es jeweils um die Befürwortung des Marktprinzips oder von staatlicher Kontrolle der Märkte ging. Die Fragen für diesen Themenbereich haben wir der European Values Study entnommen, bei der zuletzt 2008 repräsentative Stichproben der Bevölkerung in 33 europäischen Ländern befragt wurden.¹¹ Die Auswertung zeigt, dass die TTIP-Demonstrierenden den Prinzipien des freien, unregulierten Marktes deutlich kritischer gegenüber stehen als der Durchschnitt der Bevölkerung in Deutschland (siehe Tabelle 2).

Tabelle 2: Marktprinzip oder staatliche Kontrolle (in Prozent)

	starker Befürworter Marktprinzip	Befürworter Marktprinzip	neutral	Befürworter staatliche Regelung	starker Befürworter staatliche Regelung
TTIP-Demonstrierende	0,0	3,0	25,7	51,1	20,2
Deutschland allgemein (EVS 2008)	5,0	37,0	44,1	12,6	1,4

Bei den TTIP-Demonstrierenden ist keine starke Befürwortung des Marktprinzips zu finden und nur 3 Prozent können als moderate Befürworter/innen des Marktprinzips gelten. Fast drei Viertel der Befragten (71,3%) sind einer staatlichen Regulierung des Marktgeschehens eher positiv gegenüber eingestellt, ein Fünftel sogar sehr positiv. Im Bevölkerungsdurchschnitt haben sich dagegen im Jahr 2008 noch 42 Prozent für Marktprinzipien ausgesprochen. Staatliche Regulierungen wurden nur von 14 Prozent überwiegend befürwortet. Selbst wenn man berücksichtigt, dass im Zuge der Finanzkrise das Vertrauen in unregulierte Märkte generell gesunken sein dürfte, zeichnen sich also die TTIP-Demonstrant/innen durch eine deutlich marktkritischere Haltung als der Bevölkerungsdurchschnitt aus.

5. Wege zur Mobilisierung der TTIP-Demonstrierenden

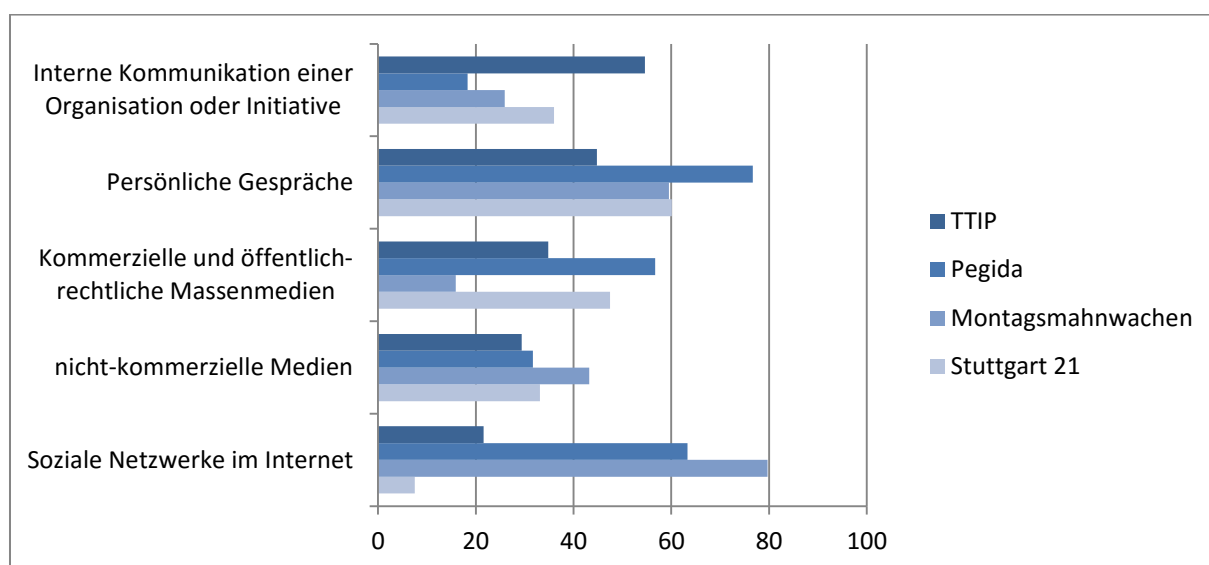
Wie erfährt man von einer Großdemonstration, wie der gegen TTIP und CETA? Was muss passieren, damit man sich entscheidet, daran teilzunehmen? In der Untersuchung haben wir Prozesse der Mobilisierung mit drei Fragen erfasst. In der ersten Frage baten wir die Befragten anzugeben, welche Informationswege für ihre Entscheidung, sich an den Protesten zu beteiligen, wichtig waren. Die zweite Frage zielt auf die Personen, die diese Entscheidung beeinflusst haben. In einer dritten Frage baten wir die Demonstrierenden, die Organisationen zu benennen, über die sie von der Demonstration erfahren haben. Die ersten beiden Fragen sind auch bei vorangegangenen Demonstrationsbefragun-

¹¹ Siehe online unter: <http://www.europeanvaluesstudy.eu/>, 21.10.2015.

gen gestellt worden. Durch einen Vergleich mit den dort gegebenen Antworten wird das Mobilisierungsprofil der TTIP-Demonstration klarer erkennbar.

Ordnet man zunächst die zur Auswahl gestellten Informationswege nach dem Anteil der Nennungen, wird deutlich, dass die Arbeit von Organisationen bei der Mobilisierung der TTIP-Demonstrierenden eine herausragende Rolle gespielt hat. Mehr als die Hälfte der Befragten (54,6%) nannten deren interne Kommunikation als einen entscheidenden Faktor für ihre Entscheidung zur Teilnahme an der Demonstration. Diese zentrale Rolle der aufrufenden Organisationen unterscheidet die TTIP-Demonstration von den vorher analysierten Demonstrationen. An zweiter Stelle, aber im Vergleich zu anderen Protesten deutlich nachrangig, sind persönliche Gespräche mit bekannten oder vertrauten Personen (44,8%).

Abbildung 5: Für die Teilnahme relevante Informationswege (in Prozent)



Wer diese Personen sind, lässt sich an der zweiten Frage ablesen, in der die TTIP-Demonstrierenden darum gebeten wurden, Personen zu nennen, die für ihre Entscheidung zur Teilnahme bedeutend waren. Etwas über 40 Prozent gaben an, dass sie niemand persönlich zur Beteiligung an der Demonstration bewegt habe. Das entspricht ungefähr dem Wert, der bei anderen Demonstrationsbefragungen ermittelt wurde. Unter den Befragten, die einzelne Personen als Motivation zur Teilnahme angeben konnten, fällt wiederum die starke Rolle von Organisationen auf. Zwar werden Freunde (29,7%) und Familie (23,1%) am häufigsten genannt, aber mehr als ein Fünftel ist durch persönliche Kontakte in einer Organisation zur Teilnahme an der Demonstration bewegt worden.

Die Medienberichterstattung über die Demonstration bzw. über die dort verhandelten Themen ist bei der Mobilisierung gegenüber der Kommunikation im persönlichen Umfeld oder der Kommunikation von Organisationen nachgeordnet. Kommerzielle und öffentlich-rechtliche Medien liegen mit nicht-kommerziellen Medien nahezu gleichauf. Ein zusätzlicher Blick auf die offene Frage, welche Medien die Befragten nutzen, um sich in politischen Dingen zu informieren, zeigt, dass sich die klassischen Nachrichtenmedien und -formate durchaus großer Beliebtheit erfreuen. Mit Abstand am häufigsten genannt wurde die Tagesschau (62 Nennungen). Zeitungen wie taz (44), Zeit (35) und Süddeutsche Zeitung (33), Deutschlandfunk (29) sowie das ARD-Magazin Monitor (19) sind ebenfalls als

Informationsquelle beliebt. Darüber hinaus wurden fast gleichauf noch das ARD-Magazin Panorama (9) und die ZDF-Satireformate Die Anstalt und heute show (je 7) genannt.

Auch wenn von den Befragten immer wieder Skepsis gegenüber der Berichterstattung geäußert wird, lehnen sie die etablierten Medien nicht ostentativ ab, wie das etwa bei den Montagsmahnwachen oder bei Pegida zum Selbstverständnis gehörte. Das zeigt sich auch bei der Frage nach dem Vertrauen in Fernsehen und Printmedien (siehe Abschnitt 7). Summierte sich das Misstrauen bei Pegida und Montagsmahnwachen noch auf knapp hundert Prozent, herrscht unter den TTIP-Demonstrierenden Skepsis, aber kein generelles Misstrauen. 29 Prozent trauen dem Zeitungswesen nicht oder überhaupt nicht. Beim Fernsehen sind es 39 Prozent.

Alternative, nicht-kommerzielle Medien haben bei knapp einem Drittel der Befragten die Entscheidung zur Teilnahme an der Demonstration bestärkt. Zieht man wiederum die offene Frage hinzu, zeigt sich nur an einer Stelle eine deutliche Häufung: 32 TTIP-Demonstrierende geben den Blog „Nachdenkseiten“ als Informationsquelle an. Jenseits davon ist die alternative Medienlandschaft zersplittert. Die Zeitungen und Webseiten von Organisationen wie Campact (8 Nennungen) oder Gewerkschaften werden genannt, aber auch Plattformen, in denen Verschwörungsdenken und Anti-Amerikanismus Platz finden, z.B. die Deutschen Wirtschaftsnachrichten (7) oder RT Deutsch (7).

Tabelle 3: Für die Teilnahme relevante Organisationen

	Nennungen	Prozent	Gültige Prozent
Campact	177	36,7	43,7
Attac	29	6,0	7,2
Die Linke	23	4,8	5,7
Greenpeace	20	4,1	4,9
DGB	20	4,1	4,9
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland	18	3,7	4,4
Verdi	14	2,9	3,5
Die Grünen	8	1,7	2,0
Naturschutzbund Deutschland	4	0,8	1,0
Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft	1	0,2	0,2
Andere	91	18,9	22,5
Total	405	84,0	100,0
Keine Angabe	77	16,0	
Total	482	100,0	

Soziale Netzwerke wie Facebook und Twitter werden seltener als die anderen Informationswege genannt. Das unterscheidet die TTIP-Demonstration deutlich von den Montagsmahnwachen und Pegida, bei denen soziale Netzwerke zentrale Mobilisierungswerkzeuge waren und sind. Ein Fünftel der TTIP-Demonstrierenden gab an, dass soziale Netzwerke bei der Entscheidung zur Teilnahme an dem Protest eine Rolle gespielt haben. Bei Pegida und den Montagsmahnwachen lag dieser Wert um das drei- bzw. vierfache höher.

Die Antworten auf die ersten beiden Fragen zur Mobilisierung – „welche Informationswege und welche Personen haben bei Ihrer Entscheidung zur Teilnahme an der Demonstration eine Rolle gespielt?“ – haben die wichtige Rolle der aufrufenden Organisationen gezeigt. Wir haben noch konkre-

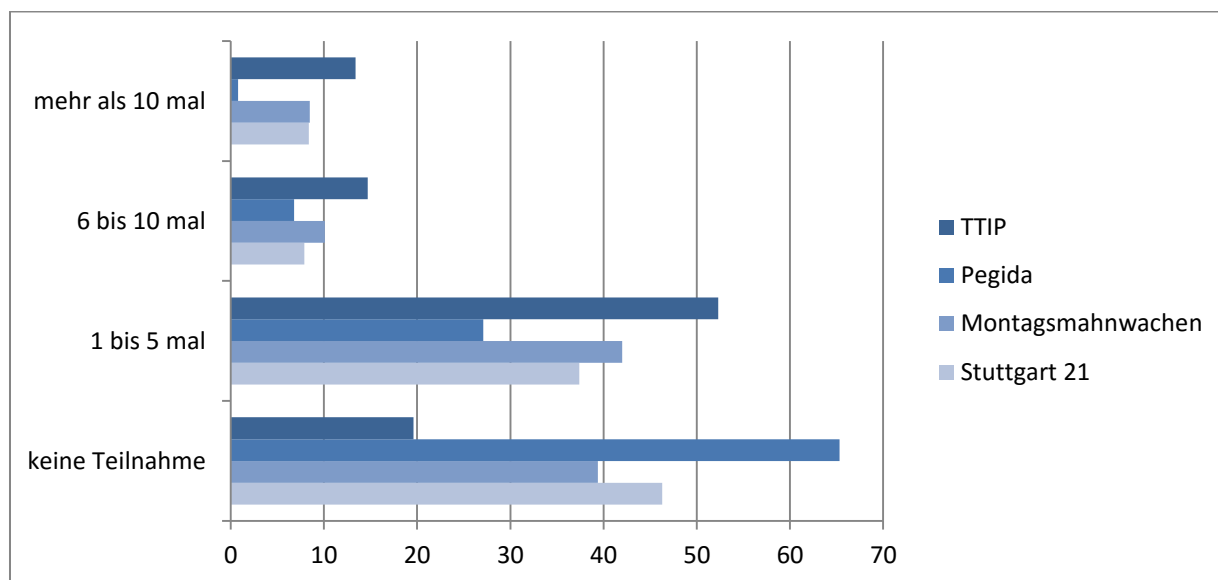
ter gefragt, über welche Organisation die TTIP-Demonstrierenden ihre Informationen zur Demonstration bezogen haben. Hier zeigt sich die zentrale Stellung von Campact (siehe Tabelle 3). Das Kampagnennetzwerk wurde von 37 Prozent der Befragten als wichtige Organisation genannt. Damit führt Campact das Feld weit vor den Großorganisationen Die Linke, Greenpeace, DGB und BUND an.

Die Mobilisierung der „TTIP & CETA stoppen“-Demonstration ist also durch die Anstrengungen der beteiligten Organisationen geprägt. Ihnen ist es gelungen, auf verschiedenen Wegen auf potentielle Beteiligungswillige einzuwirken und sie zur Teilnahme an der Demonstration zu bewegen. Das heißt aber nicht, dass die Mobilisierung allein von diesen Organisationen getragen wurde. Die zentrale Rolle von Campact legt etwa nahe, dass die dort zur Verfügung gestellten Informationen und Infrastrukturen zur Mobilisierung von Freund/innen und Bekannten genutzt wurden, ohne dass es eine enge Bindung an die Organisation gäbe, wie es z.B. bei Gewerkschafter/innen und Parteimitgliedern zu erwarten ist. Die große Zahl der TTIP-Demonstrierenden zeigt, dass die Mischung von offener Mobilisierung und Blockrekrutierung durch die beteiligten Organisationen aufgegangen ist.

6. Politisches Engagement

Um mehr über den politischen Hintergrund der TTIP-Demonstrierenden zu erfahren haben wir verschiedene Fragen zum bisherigen politischen Engagement gestellt. Hierbei zeigt sich, dass die TTIP-Demonstrierenden relativ viel Protesterfahrung mitbringen.

Abbildung 6: Teilnahme an Demonstrationen in den letzten 5 Jahren (in Prozent)



Vier Fünftel gaben an, sich in den letzten fünf Jahren auch an anderen Protesten beteiligt zu haben. 13 Prozent hatten sich sogar an mehr als 10 Demonstrationen beteiligt. Der Anteil derer, die gegen

TTIP das erste Mal auf die Straße gingen, liegt mit 20 Prozent deutlich unter den Werten, die bei anderen Demonstrationen der letzten Jahre ermittelt wurden (Abbildung 6).¹²

Die TTIP-Demonstrierenden nutzten in den vergangenen 12 Monaten ein breites Spektrum an Aktionsformen. Am häufigsten sind dabei niedrighschwellige Aktionsformen wie Konsumboykott (95,8%), Petitionen (92,4%) oder Online-Kampagnen (85%) zu finden. Vergleicht man die Werte mit der Befragung der Stuttgart 21-Demonstrierenden, so wird deutlich, dass die Konfliktbereitschaft der vermeintlich konservativen Bahnstahsgegner/innen deutlich höher einzustufen ist: In Stuttgart haben fast 43 Prozent der Befragten an direkten Aktionen teilgenommen, unter den TTIP-Demonstrierenden nur gute 12 Prozent (siehe Tabelle 4). Auch die Teilnahme an Streiks liegt bei den TTIP-Demonstrierenden (14%) zwar über den Werten bei Pegida und den Montagsmahnwachen (10 und 9,1%), jedoch deutlich unter den Werten von Stuttgart 21 (21,9%).

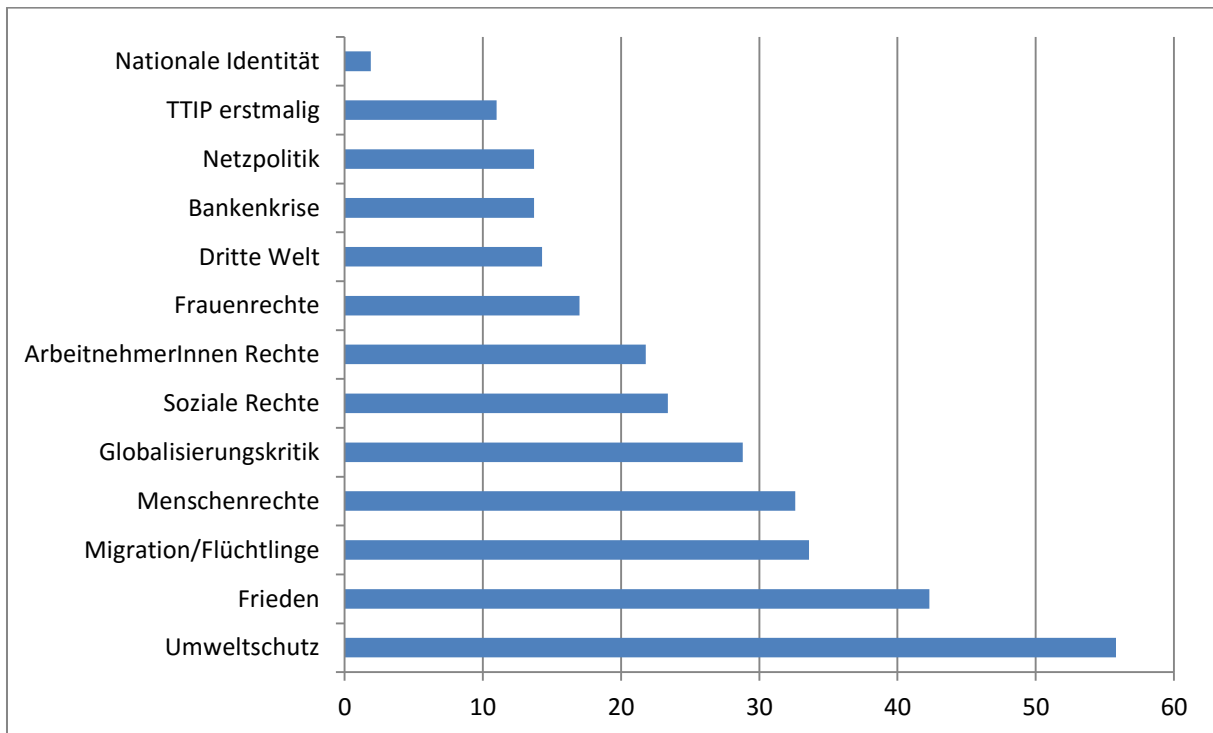
Tabelle 4: Aktionsformen (in Prozent)

Haben in den letzten 12 Monaten...	TTIP	Pegida	Montagsmahnwachen	Stuttgart 21
... eine Petition/öffentlichen Brief unterzeichnet	92,4	79,3	87,3	81,6
... an einer Online-Protestkampagne teilgehabt	85,0	55,6	60,1	Nicht erfragt
...eine/n Politiker/in oder eine/n Vertreter/in der Verwaltung kontaktiert	48,8	37,7	20,5	36,0
... an einer direkten Aktion teilgenommen (wie z.B. Blockade, Besetzung, ziviler Ungehorsam)	12,4	1,7	12,0	42,9
... einer politischen Organisation oder Gruppierung Geld gespendet?	66,1	34,2	27,9	64,4
... bestimmte Produkte boykottiert oder aus politischen, ethischen oder Umweltgründen bewusst gekauft?	95,8	76,7	94,2	51,3
... ein Abzeichen einer Kampagne getragen oder irgendwo angebracht?	60,1	21,4	34,1	88,7
... an einem Streik teilgenommen?	14,0	10,0	9,1	21,9

Ein Blick auf die Themen, zu denen sich die TTIP-Demonstrierenden bereits politisch engagiert haben, zeigt, dass Umweltschutz und Frieden wichtige Engagementfelder waren. 56 Prozent der TTIP-Demonstrierenden geben an, sich vor der „TTIP & CETA stoppen“-Demonstration zum Thema Umweltschutz politisch engagiert zu haben. 42 Prozent haben sich im Bereich Frieden engagiert (siehe Abbildung 7). Weitere wichtige Themen sind Migration/Flüchtlingspolitik (33,6%), Menschenrechte (32,6%), und Globalisierungskritik (28,8%).

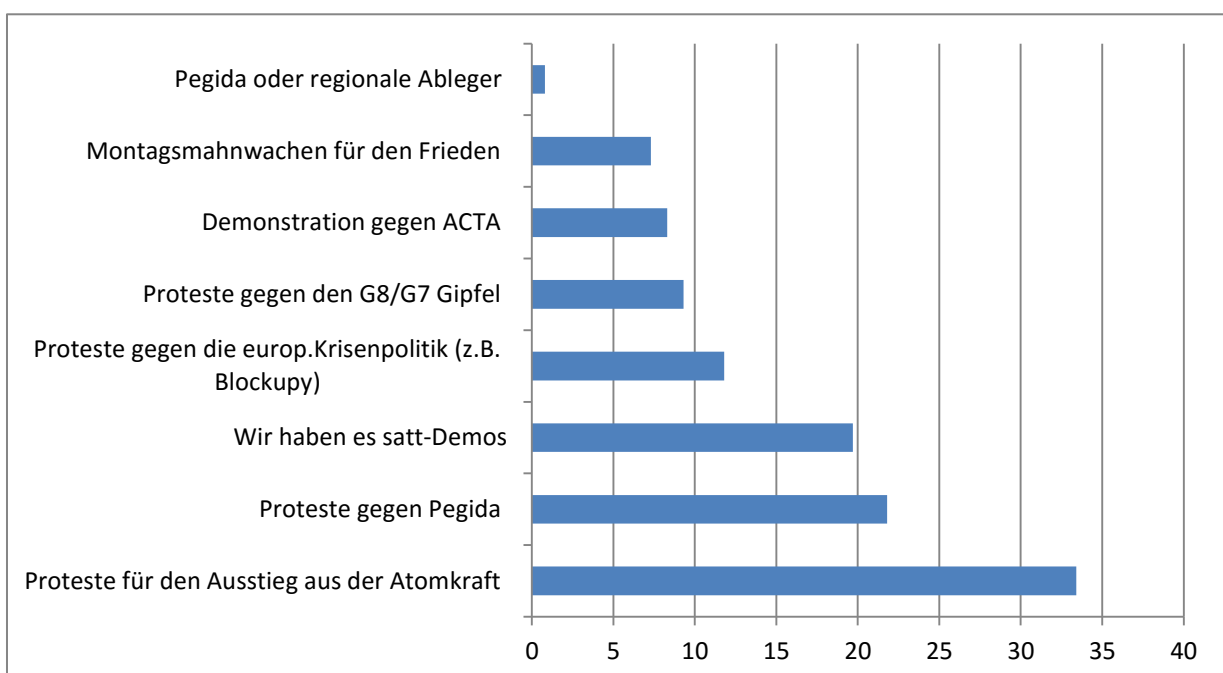
¹² Britta Baumgarten und Dieter Rucht (2013): Die Protestierenden gegen „Stuttgart 21“ einzigartig oder typisch?, in: Frank Brettschneider und Wolfgang Schuster (Hrsg.): Stuttgart 21. Ein Großprojekt zwischen Protest und Akzeptanz. Wiesbaden: Springer VS, S. 97–125.

Abbildung 7: Themen politische Engagement (in Prozent)



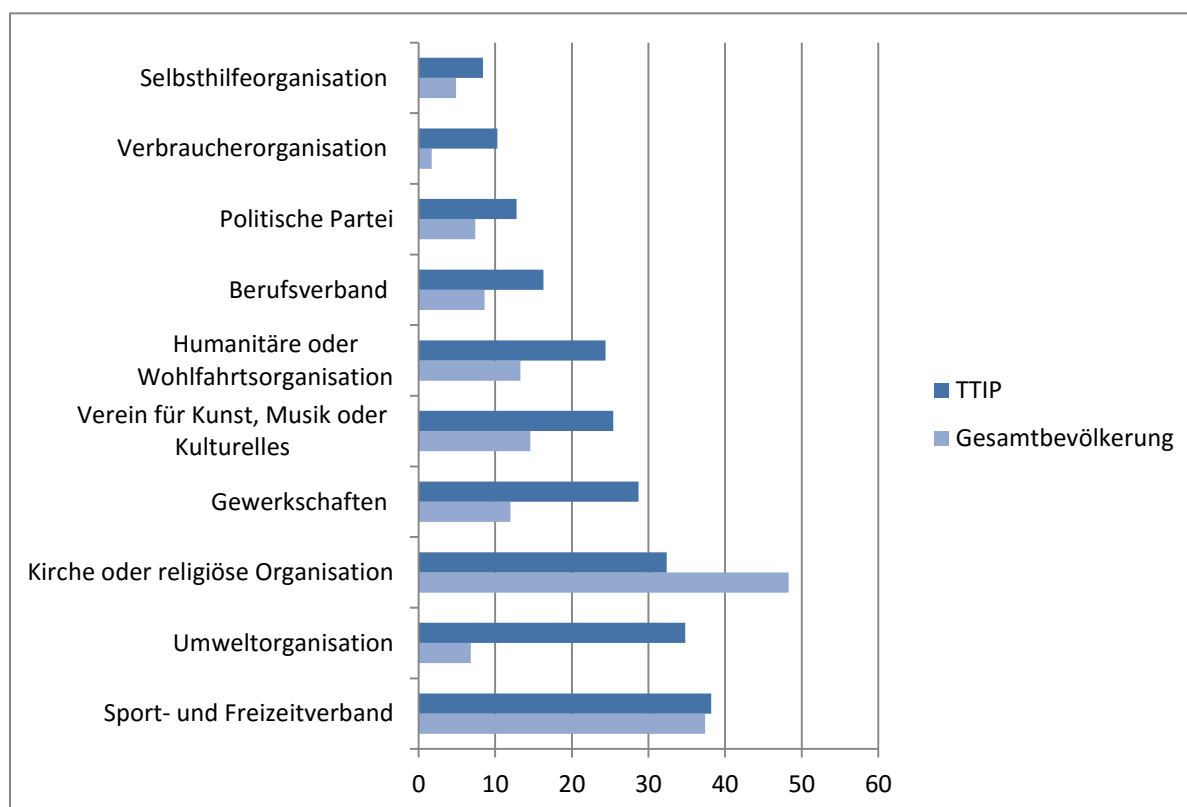
Auch ein Blick auf die Antworten auf die Frage nach Demonstrationen, an denen TTIP-Demonstrierende in letzter Zeit teilgenommen haben, unterstreicht den Fokus auf das Thema Umwelt. Ein Drittel der Befragten gab an, in den letzten 5 Jahren an Demonstrationen für den Ausstieg aus der Atomkraft teilgenommen zu haben (33,4%) – mit deutlichem Abstand zu anderen Demonstrationen. 22 Prozent der Befragten haben an Protesten gegen Pegida teilgenommen und 20 Prozent an Demonstrationen für eine ökologische Landwirtschaft („Wir haben es satt“-Demonstrationen).

Abbildung 8: Teilnahme an konkreten früheren Demonstrationen (in Prozent)



Die TTIP-Demonstrierenden sind in verschiedene Organisationen eingebunden – Mitgliedschaften in verschiedenen Organisationen liegen deutlich über dem Bevölkerungsdurchschnitt, mit der einzigen Ausnahme von Kirchen oder religiösen Organisationen (siehe Abbildung 9). Auch hier zeigt sich die starke Verbindung zwischen der TTIP-Demonstrierenden zum Thema Umweltschutz. So geben 35 Prozent der Befragten an, aktives oder inaktives Mitglied in einer Umweltorganisation zu sein. Dieser Wert steht in deutlichem Kontrast zur Gesamtbevölkerung¹³ mit nur 7 Prozent Mitgliedschaften in Umweltorganisationen. Auch Mitgliedschaften in Gewerkschaften liegen unter TTIP-Demonstrierenden (28,7%) deutlich über dem Bevölkerungsdurchschnitt (12%), was allerdings angesichts der zentralen Rolle von Gewerkschaften im „TTIP & CETA stoppen“-Bündnis wenig überraschend ist.

Abbildung 9: Mitgliedschaften in Organisationen (in Prozent)



7. Einstellungen zu Demokratie, Institutionen und politischer Praxis

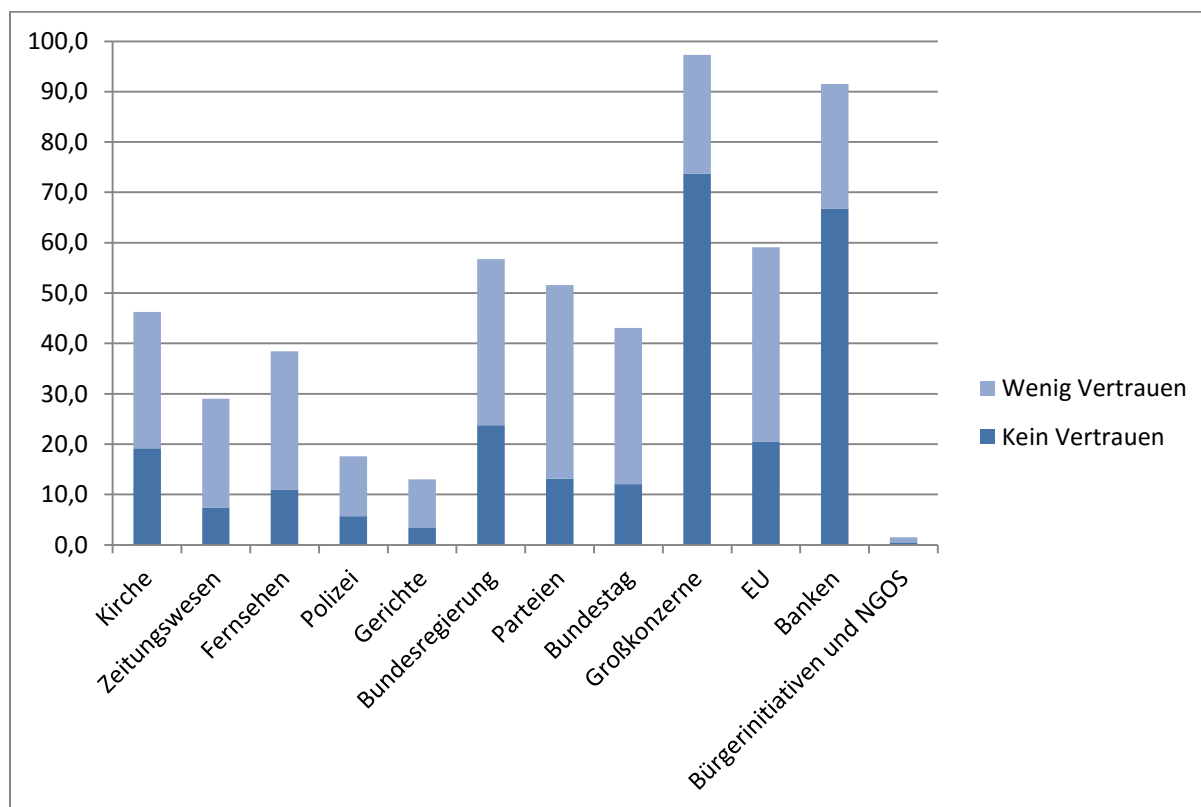
Ein zentraler Ausgangspunkt für politische Einschätzungen und Bewertungen ist die Wertschätzung von Demokratie als der normativen Grundlage, auf der konkrete politische Institutionen, Akteure und Prozesse beurteilt werden. Die Befragten sollten auf einer sechsstufigen Skala angeben, was sie „im Vergleich zu anderen Staatsideen zur Idee der Demokratie sagen“, wobei ausdrücklich betont wurde, dass es nicht um die Beurteilung der tatsächlich bestehenden Demokratien gehe.

¹³ Angaben aus: World Value Survey Wave 6 2010-2014 Official Aggregate v.20140429. World Values Survey Association (www.worldvaluessurvey.org). Aggregate File Producer: Asep/JDS, Madrid Spain.

Die Idee der Demokratie genießt bei den Befragten eine sehr hohe Wertschätzung (92,3 % sind sehr oder ziemlich dafür), die sogar leicht über der Zustimmung der Gesamtbevölkerung liegt (nach der Leipziger Mitte-Studie 2014: 91,3%), kaum jemand lehnt die Idee ab (siehe Tabelle 5). Dieses hohe Ergebnis ist nicht verwunderlich, selbst in der Umfrage unter Pegida-Demonstrierenden erreichte man hohe Zustimmungswerte (90,4%). Die hohen Zustimmungswerte unter den TTIP-Demonstrierenden korrespondieren mit der Feststellung, dass ein möglicher Demokratieverlust durch die Handelsabkommen ein wichtiges Anliegen vieler Demonstrierender war (vgl. Abschnitt 4).

Das Vertrauen in gesellschaftliche und politische Institutionen und Gruppen wurde abgefragt, indem die Befragten auf einer 5-stufigen Skala den jeweiligen Grad ihres Vertrauens angeben konnten. Die Positionen reichten von „vertraue ich überhaupt nicht“ bis „vertraue ich voll und ganz“. Außerdem bestand noch die Antwortmöglichkeit „weiß nicht“. Abbildung 10 zeigt nur die Anteile für „wenig“ oder „überhaupt kein Vertrauen“. Es zeigt sich ein differenziertes Gesamtbild mit in Teilen jedoch eher hohem Maß an Vertrauen zumindest in Bezug auf einzelne Institutionen. Dabei lässt sich ein klarer Unterschied zwischen staatlichen / politischen Institutionen, denen allgemein recht hohes Vertrauen entgegengebracht wird, und ökonomischen Institutionen, denen sehr wenig vertraut wird, beobachten.

Abbildung 10: Vertrauen in Gruppen und Institutionen (in Prozent)



Konkret ist das Vertrauen in Bürgerinitiativen und NGOs am höchsten und nur knapp 2 Prozent aller Befragten hatten wenig oder kein Vertrauen in diese Organisationsformen. Polizei und Gerichte genießen ebenfalls recht hohes Vertrauen, sogar mehr als im Bundesdurchschnitt, wo laut World Value Survey 44 Prozent der Bevölkerung Gerichten (TTIP 13%) und 19 Prozent der Polizei (TTIP 17,6%) misstrauen. Die Befragten schenken auch den Parteien und dem Bundestag ein höheres Vertrauen als die Gesamtbevölkerung, in der 66 Prozent den Parteien und 55 Prozent dem Bundestag eher

misstrauen. Umso deutlicher ist mit 97 Prozent das Misstrauen gegenüber Großkonzernen und Banken (91,5%). Das ist wenig verwunderlich, da Großkonzerne als die besonderen Profiteure durch TTIP wahrgenommen werden, was auch in Slogan wie „Konzerne profitieren, Menschen verlieren“ (Attac Flyer¹⁴) sichtbar wird. Die EU hat mit 59 Prozent ebenfalls höhere Misstrauenswerte als nationale Institutionen. Dies könnte sich damit begründen lassen, dass die Europäische Kommission die Verhandlungsführung in Europa hat und dass deren Intransparenz (Verhandlungen hinter verschlossenen Türen) besonders kritisiert wird. Damit stehen diese Ergebnisse auch in einem starken Kontrast zu den Antworten der Pegida-Demonstrierenden: hier erreichten Parteien, Bundestag, Bundesregierung, aber auch die EU und das Medien Misstrauenswerte von über 90 Prozent bis annähernd 100 Prozent.

Das recht hohe Vertrauen in politische Institutionen geht einher mit einer relativ positiven Einschätzung bezüglich der Einflussmöglichkeiten auf das Handeln der Regierung und der Frage, ob die Bundesrepublik Deutschland ein funktionierendes politisches System ist.

Tabelle 5: Funktionieren des politischen Systems und eigener Einfluss auf Regierung (in Prozent)

	Lehne völlig ab	Lehne überwiegend ab	Stimme teils zu/ teils nicht zu	Stimme überwiegend zu	Stimme ganz zu
Leute wie ich haben keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.	7,00	19,00	41,25	26,00	6,75
Unser politisches System, also die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland, funktioniert gut.	7,50	24,25	43,25	23,75	1,25

33 Prozent der Befragten gehen davon aus, dass sie keinen Einfluss auf die Regierung haben. Diese Werte liegen weit unter dem Bevölkerungsdurchschnitt – hier geben ganze 78 Prozent an, keinen Einfluss zu haben (Mitte Studie 2012¹⁵). Unter den TTIP-Demonstrierenden sehen immerhin mehr als ein Viertel einen eigenen politischen Gestaltungsspielraum.

25 Prozent der TTIP-Demonstrierenden stimmen der Aussage zu, das politische System der Bundesrepublik funktioniere gut. Dieser Wert liegt zwar deutlich unter dem Bevölkerungsdurchschnitt (54,9% laut Mitte Studie 2014¹⁶), im Vergleich zu anderen Demonstrationsbefragungen ist dieser Wert jedoch sehr hoch (Pegida und Montagsmahnwachen jeweils 6,1% Zustimmung). Dies sind erstaunlich große Zustimmungswerte, wenn man bedenkt, dass Protestierende in aller Regel einen größeren Grad an Unzufriedenheit mit dem Funktionieren des politischen Systems aufweisen.

¹⁴ Siehe online unter: <http://www.attac.de/kampagnen/freihandelsfalle-ttip/materialien/>, 21.10.2015.

¹⁵ Oliver Decker, Johannes Kiess und Elmar Brähler (2012): Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012, Bonn. http://www.fes-gegen-rechtsextremismus.de/pdf_12/mitte-im-umbruch_www.pdf, 21.10.2015.

¹⁶ Oliver Decker, Johannes Kiess und Elmar Brähler (2014): Die Stabilisierte Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014, http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/mitte_leipzig_internet.pdf, 21.10.2015.

Politische Einstellungen und Rechts-Links-Positionierung

In den Medien wurde im Vorfeld der Demonstration mehrfach darüber spekuliert, ob sich unter den Demonstrierenden auch viele aus dem rechten Spektrum befinden (z.B. aus dem Umfeld der NPD oder von Pegida), da diese aus nationalistischen oder antisemitischen Gründen ein Abkommen mit den USA ablehnen. Betrachtet man die Selbsteinschätzung auf der Links-Rechts-Skala, so lassen sich solche Spekulationen nicht bestätigen (siehe Tabelle 7).

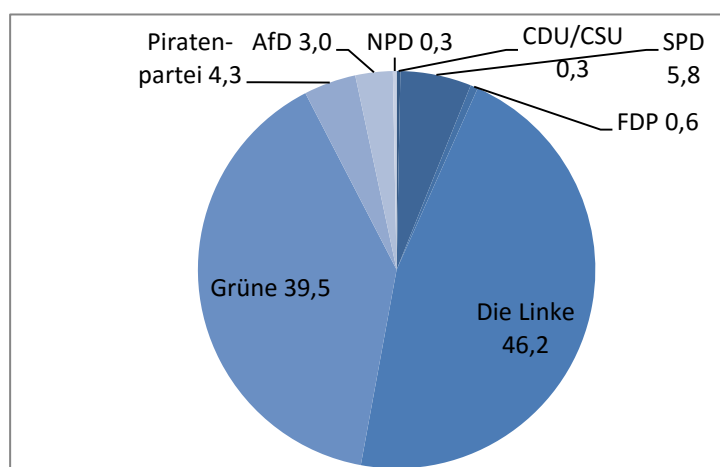
Tabelle 6: Selbsteinschätzung auf der Links-Rechts-Skala

	N	%
links	61	15,2
gemäßigt links	220	54,7
Mitte	78	19,4
gemäßigt Rechts	6	1,5
rechts	0	0,0
keine Position auf dieser Skala	33	8,2
weiß nicht	4	1,0
Total	402	100

Lediglich knapp 2 Prozent der TTIP-Demonstrierenden verorten sich rechts der Mitte. 19 Prozent positionieren sich in der Mitte und der überwiegende Teil der Befragten positioniert sich links (69,9%). Dieser Wert liegt deutlich über dem Bevölkerungsdurchschnitt (Laut Allbus 2012¹⁷: 31% links). Auch im Vergleich zu den Montagsmahnwachen (37,6% links) und besonders Pegida (9,4%) liegt der Anteil der Befragten, die sich links einordnen unter den TTIP-Demonstrierenden relativ hoch. Nur im Vergleich zu einigen anderen untersuchten Demonstrationen sind die TTIP-Demonstrierenden allerdings weniger links, so gaben bei den zum Beispiel den Demonstrationen gegen den Irak-Krieg über 75 Prozent an links zu sein.

Die politische Selbstpositionierung spiegelt sich auch in der Sonntagsfrage wieder. Die Frage „welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre“ zeigt, dass auf die Linke (46,2%) und die Grünen (39,5%) die meisten Stimmen entfallen würden – deutlich über dem Bevölkerungsdurchschnitt (5 % die Linke und 9,5% Grüne¹⁸) – während alle anderen Parteien unterrepräsentiert sind. Beide Parteien waren auch auf der Demonstration vertreten und lehnen das

Abbildung 11: Sonntagsfrage



¹⁷ GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (2013): Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS 2012. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA4614 Datenfile Version 1.1.1.

¹⁸ Siehe Sonntagsumfrage vom 18.10.2015 online unter: <http://www.sonntagsfrage-aktuell.de/index.php?site=aktuelles>, 21.10.2015.

Handelsabkommen ab. Darüber hinaus würde die SPD 6 Prozent der Stimmen erhalten (Gesamtbevölkerung: 25,3%) und die CDU/CSU nur eine Stimme (Gesamtbevölkerung: 37,3%). Beide Parteien befürworten das Handelsabkommen. Auf die AFD würden 3 Prozent der Stimmen entfallen und auf die Piratenpartei 4 Prozent. Zwei Stimmen würden an die FDP gehen. Eine Person würde nächsten Sonntag die NPD wählen. Insgesamt verweigerten 32 Prozent der Befragten die Antwort.

8. Zusammenfassung

Die Demonstrationsbefragung liefert ein differenziertes Bild der Demonstrierenden, ihrer Motive und ihrer Einstellungen. Die Ergebnisse der Untersuchung lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

1. Die TTIP-Demonstrierenden sind im Vergleich mit Teilnehmer/innen anderer Demonstrationen relativ alt und verfügen über ein sehr hohes Bildungsniveau. Sowohl die Altersstruktur der Demonstrierenden als auch der Anteil von Frauen und Männern kommt dem Bevölkerungsdurchschnitt sehr nahe. Ein großer Teil der TTIP-Demonstrierenden stammt nicht aus Berlin und Umland, sondern ist zum Teil von weit her aus ganz Deutschland angereist.
2. TTIP und CETA werden von den Demonstrierenden als Ausdruck der Macht der Konzerne und als Gefährdung der Demokratie interpretiert. Es sind also nicht die in der Medienberichterstattung prominenten Themen der Sozial- oder Verbraucherschutzstandards die die Menschen mobilisiert haben, in Berlin zu demonstrieren, sondern die grundsätzliche Befürchtung, TTIP und CETA stellen eine Gefahr für die Demokratie und die staatliche Kontrolle ökonomischer Akteure dar.
3. Mobilisiert wurden die Demonstrierenden vor allem durch die zur Demonstration aufrufenden Organisationen. Dabei spielte das Kampagnen-Netzwerk Campact eine herausgehobene Rolle. Persönliche Gespräche und Medien waren demgegenüber weniger wichtig. Dabei werden etablierte Medien zwar kritisch gesehen aber keineswegs abgelehnt. Hier zeigen sich deutliche Differenzen insbesondere zu den Montagsmahnwachen oder den Pegida-Demonstrationen, bei denen eine ostentative Ablehnung der Medien zum Selbstverständnis gehört.
4. Die TTIP-Demonstrierenden sind überdurchschnittlich stark politisch engagiert – sowohl im Vergleich zur Gesamtbevölkerung als auch im Vergleich zu anderen Demonstrationen. Die wichtigsten Themenfelder des Engagements sind Umweltschutz und Frieden. Am häufigsten wurden eher niedrigschwellige Aktionsformen wie Konsumboykott oder Petitionen genutzt.
5. Das Vertrauen der TTIP-Demonstrierenden in politische und zivilgesellschaftliche Institutionen ist relativ hoch, das in Konzerne und Banken sehr niedrig. Das recht hohe Vertrauen in politische Institutionen geht mit einer relativ positiven Einschätzung der persönlichen Einflussmöglichkeiten auf das Handeln der Regierung einher. Auch wird die Bundesrepublik Deutschland mehrheitlich als funktionierendes politisches System angesehen. Anders als bei den Pegida-Demonstrationen deuten unsere Umfrageergebnisse bei der TTIP-Demonstration also nicht auf eine generelle Politikverdrossenheit hin.
6. Ein Großteil der TTIP-Demonstrierenden positioniert sich politisch eindeutig links. Linke und Grüne hätten unter den Demonstrierenden eine komfortable absolute Mehrheit. Nur die wenigsten würden für eine Partei stimmen, die sich für die Fortführung der TTIP-Verhandlungen ausgespro-

chen hat. Nur ein sehr geringer Anteil ordnet sich politisch rechts ein und hat an Pegida-Demonstrationen teilgenommen. Die vereinzelt in der Medienberichterstattung geäußerte Vermutung, dass sich ein beträchtlicher Teil rechts-stehender Menschen in der Mobilisierung gegen TTIP und CETA beteiligt habe, kann auf Grundlage unserer Daten nicht bestätigt werden.

Insgesamt können wir auf der Basis der Umfrage sagen, dass am 10. Oktober in Berlin – auf der größten Demonstration seit über 10 Jahren in Deutschland – politisch engagierte, gebildete und in der Mehrheit deutlich links der Mitte verortete Menschen ihren Unmut gegenüber einem Handelsabkommen auf die Straße getragen haben, das in den Augen der Demonstrierenden die notwendige staatlich Kontrolle der Macht großer Konzerne einschränken und die Demokratie gefährden wird. Gut zwei Drittel haben für ihre Teilnahme an der Demonstration z.T. erhebliche Anfahrtswege in Kauf genommen.

Die Größe der Demonstration ist Ausdruck der erfolgreichen Mobilisierung insbesondere des Kampagnen-Netzwerks Campact sowie von Gewerkschaften und Umweltorganisationen. Dabei hatte sich schon zuvor gezeigt, als über 3 Millionen Menschen eine selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative gegen TTIP unterzeichnet haben, dass das hinter verschlossenen Türen verhandelte Handelsabkommen vielen Menschen keineswegs egal ist und sie die Entscheidung darüber nicht der Europäischen Kommission, dem US Handelsministerium und den privilegiert in die Verhandlungen einbezogenen Unternehmensverbänden überlassen wollen.

Angesichts der Größe der Demonstration bemerkenswert ist es allerdings auch, wie wenige Spuren der Protest in der medialen Öffentlichkeit hinterlassen hat. Zwar haben alle größeren Zeitungen und Nachrichtensendungen über die Demonstration berichtet, aber über die abgesehen von ihrer Größe wenig spektakuläre, friedlich und ohne Zwischenfälle verlaufene Demonstration wurde in den überregionalen Medien nicht ausführlich auf der Titelseite sondern nur im Innenteil der Zeitungen berichtet.